Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 29 (1937)

Heft: 6

Artikel: Ungelöste Probleme nach der Abwertung. Teil II

Autor: Weber, Max

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352859

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ungelöste Probleme nach der Abwertung.

Von Max Weber.

II.

Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffung.

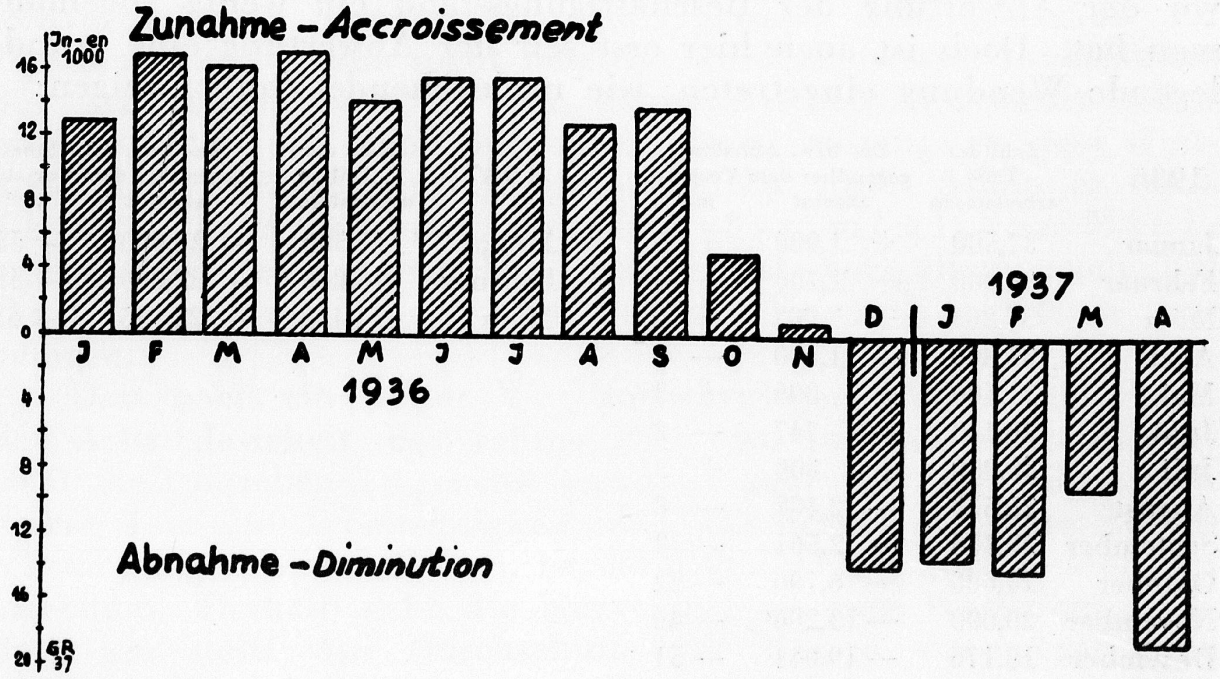
Wir haben es unzählige Male gesagt in den letzten Jahren, dass die Abwertung allein das Arbeitslosenproblem nicht lösen kann, dass sie aber die Möglichkeit zu dessen Lösung schafft. Die Entwicklung der letzten 7 Monate bestätigt das.

Vom Zeitpunkt der Abwertung an hat sich der Verlauf der Arbeitslosenkurve erheblich geändert. Während bis zum September 1936 jeder Monat eine beträchtliche Zunahme der Zahl der Ganzarbeitslosen gegenüber dem Vorjahr brachte, hat sich vom Oktober an sehr bald eine umgekehrte Tendenz durchgesetzt. Wir sehen das am besten, wenn wir nicht nur die absolute Zahl der Arbeitslosen, sondern vor allem die Differenz mit dem gleichen Monat des vorigen Jahres betrachten.

1936	Zahl der Stellensuchenden	Zu- bzw. Abnahme gegenüber dem Vorjahr absolut	in %
Januar	124,008	+ 12,725	+ 12,3
Februar	119,795	+ 16,885	+ 16,4
März	98,362	+ 16,148	+ 19,6
April	89,370	+ 16,926	+ 21,6
Mai	80,004	+ 14,096	+ 21,4
Juni	75,127	+ 15,449	+ 25,8
Juli	78,948	+ 15,451	+ 24,3
August	79,281	+ 12,625	+ 18,9
September	82,962	+ 13,839	+ 20,0
Oktober	86,866	+ 4,480	+ 5,4
November	96,541	+ 801	+ 0,8
Dezember	104,842	— 13,933	— 11,7

1937	Zahl der Stellensuchenden	Zu- bzw, Abnahme gegenüber dem Vorjahr absolut	in %
Januar	110,754	— 13,254	— 10,7
Februar	105,730	— 14,065	— 11,8
März	89,346	— 9,016	— 9,2
April	70,793	— 18,577	— 20,8

Monatliche Veränderung der Arbeitslosigkeit.



Im Jahre 1935 betrug die Zunahme der Arbeitslosigkeit gegenüber 1934 im Monatsdurchschnitt rund 17,000 oder 26 Prozent. Die ersten Monate des Jahres 1936 brachten noch einen durchschnittlichen Zuwachs von 14,900 Arbeitslosen oder 18,6 Prozent. Die 7 Monate nach der Abwertung ergaben dagegen eine Arbeitslosenzahl, die durchschnittlich 9080 oder 8,3 Prozent unter derjenigen des Vorjahres steht. Die beigefügte Graphik führt uns diese Wandlung in der Entwicklung des Arbeitsmarktes noch deutlicher vor Augen.

Im Dezember 1936 wurde die Arbeitslosenziffer des Vorjahres zum erstenmal unterschritten. Die Verminderung blieb auch Anfang 1937 11 bis 12 Prozent, um im März auf 9 Prozent zurückzugehen. Es schien also zunächst keine Besserung des Arbeitsmarktes einzutreten. Der Monat April hat dann erfreulicherweise einen weitern Schritt gebracht, indem nun die Abnahme der Arbeitslosigkeit auf rund 18,600 oder 21 Prozent gestiegen ist.

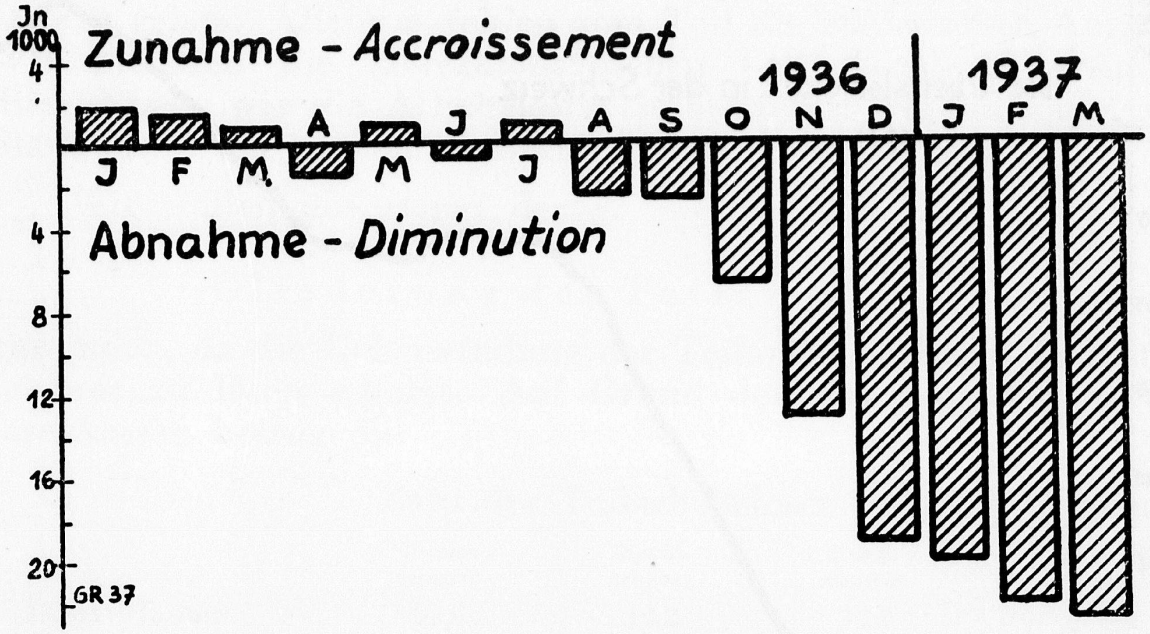
Trotz diesem beträchtlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit wurden Ende April noch 70,800 Stellensuchende gezählt, von denen freilich 13,700 bei Notstandsarbeiten oder in Arbeitslagern beschäftigt waren und rund 700 an Kursen und Veranstaltungen zur beruflichen Förderung teilnahmen, so dass ungefähr 56,400 ohne Arbeit waren. Wenn wir annehmen, dass der weitere saisonmässige Rückgang der Arbeitslosigkeit bis Ende Juni ungefähr 14,000 beträgt wie im letzten Jahr, so würde sich die Zahl der Stellensuchenden diesen Sommer auf ein Minimum von 56,000 vermindern oder abzüglich der bei Notstandsarbeiten usw. Beschäftigten auf 42,000. Es kann sein, dass die Entlastung noch etwas grösser sein wird, wenn die wirtschaftliche Besserung weiter fortschreitet.

Neben der Zahl der Stellensuchenden ist auch die Teilarbeitslosigkeit zu berücksichtigen. Hier hat die Abnahme schon etwas früher eingesetzt, da in der Exportindustrie schon vor der Abwertung der Beschäftigungsstand ein wenig zugenommen hat. Doch ist auch hier erst seit der Abwertung eine grundlegende Wendung eingetreten, wie nachstehende Zahlen zeigen:

1936	Zahl der Teilarbeitslosen	Zu- bzw. Abnahme gegenüber dem Vorjahr absolut	in %
Januar	37,500	+ 1,900	+ 5
Februar	38,000	+ 1,400	+ 4
März	37,203	+ 703	+ 2
April	32,800	— 1,600	— 5
Mai	31,600	+ 800	+ 3
Juni	29,143	— 747	— 2
Juli	30,000	+ 800	+ 3
August	28,500	— 2,400	— 8
September	28,336	— 2,564	— 8
Oktober	24,000	— 6,700	— 22
November	20,000	— 13,200	— 40
Dezember	18,176	— 19,041	— 51

1937	Zahl der Teilarbeitslosen	Zu- bzw. Abnahme gegenüber dem Vorjahr absolut	in %
Januar	17,500	— 20,000	— 53
Februar	16,000	— 22,000	— 58
März	14,488	— 22,715	— 61

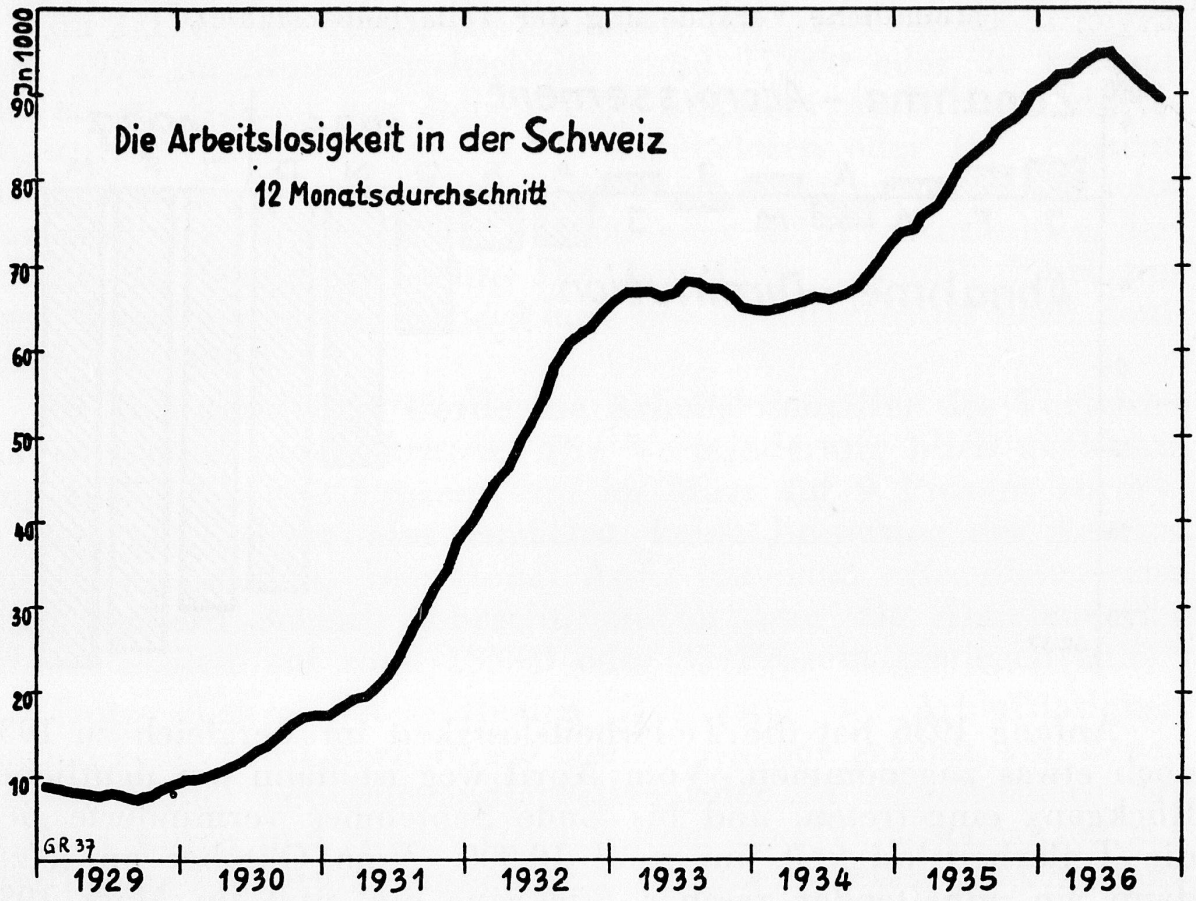
Monatliche Veränderung der Teilarbeitslosigkeit.



Anfang 1936 hat die Teilarbeitslosigkeit im Vergleich zu 1935 noch etwas zugenommen. Vom April weg ist dann ein deutlicher Rückgang eingetreten, und bis Ende September verminderte sich die Teilarbeitslosigkeit um rund 10,000. Vom Oktober an setzte dann ein anhaltender rascher Rückgang ein, und im März 1937 waren nur noch 14,500 Arbeiter teilarbeitslos, was gegenüber dem Vorjahre eine Verminderung um 61 Prozent ausmacht.

Nun wird man vermutlich in der vom Bundeshaus inspirierten Presse erklären, das sei ein sehr schönes Ergebnis: eine Verminderung der Zahl der Ganzarbeitslosen auf 70,800 und der Teilarbeitslosen auf 14,500, und man müsse sich vorläufig damit begnügen, denn mehr könne zur Zeit nicht erreicht werden. Das wäre ein bedauerlicher Standpunkt. Wir dürfen die Arbeitslosenziffer nicht aus dem Gesichtswinkel der Massenarbeitslosigkeit der letzten Jahre betrachten. Wir müssen uns auch hüten vor dem weitverbreiteten Standpunkt, eine gewisse Arbeitslosigkeit sei « normal » und könne nicht beseitigt werden. Gewiss funktioniert die Arbeitsvermittlung in der kapitalistischen Wirtschaft selbst in den Zeiten der Hochkonjunktur nie so reibungslos, dass sämtliche Arbeitskräfte gleichzeitig beschäftigt sind. Allein es muss die Zahl der Arbeitslosen auf das grösstmögliche Minimum reduziert werden, und es ist vor allem auch die Dauerarbeitslosigkeit zum Verschwinden zu bringen.

Dass noch ein weiter Weg zurückzulegen ist bis zum Stand der Arbeitslosigkeit des Jahres 1929, wo im Jahresdurchschnitt 8000 Stellensuchende gezählt wurden, geht aus der beigefügten Kurve über die Arbeitslosigkeit seit 1929 hervor. Um die Saisonschwankungen auszuschalten, ist ein Durchschnitt von 12 Monaten errechnet. Deshalb geht die Kurve nur bis zum November 1936, denn sie stellt den Durchschnitt mit den 6 vorangegangenen



und den 5 nachfolgenden Monaten dar. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist darin gedämpft durch das Gewicht der vorhergehenden Monate mit grösserer Arbeitslosigkeit. Aber auch wenn die Arbeitslosenzahl bis im nächsten Herbst im gleichen Verhältnis wie im letzten Halbjahr zurückgeht, wird erst ein bescheidener Teil des Weges zurückgelegt sein, der uns auf das Niveau der Vorkrisenzeit zurückführen soll.

Das Arbeitslosenproblem ist nach wie vor das Kernproblem der Wirtschaftspolitik. Solange eine nennenswerte Arbeitslosigkeit besteht, ist das ein Zeichen, dass die Wirtschaft krank ist. Es ist die Aufgabe des Staates, durch seine Beeinflussung der privaten Wirtschaft dazu beizutragen, dass dieser Krankheitszustand überwunden wird.

Wenn man sich die Frage stellen will, wie die heute noch bestehende Arbeitslosigkeit weiter abgebaut werden kann, so muss man sich die berufliche und regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit im einzelnen vor Augen halten. Die Statistik der Arbeitsämter und der Arbeitslosenkassen kann natürlich nicht unterscheiden zwischen Arbeitslosen der Exportindustrie und solchen des Inlandgewerbes. Dennoch lassen sich aus den Zahlen der einzelnen Industriezweige und Berufsgruppen auch darüber Schlüsse ziehen. Der Leser möge entschuldigen, wenn etwas viel statistisches Material verwendet wird. Doch wir müssen diese Verhältnisse genau untersuchen, wenn wir den Kampf gegen die Arbeitslosig-

keit erfolgreich führen wollen. Wir sollten noch viel mehr in die Details gehen. Allein es fehlen zum Teil die statistischen Angaben. Wir möchten die gewerkschaftlichen Vertrauensleute ersuchen, diese Frage, wie die Arbeitslosigkeit bekämpft werden kann, vom Standpunkt der einzelnen Berufe genau zu studieren.

Wir wollen uns zuerst der

Gliederung der Teilarbeitslosen

zuwenden, da die Ueberwindung der Teilarbeitslosigkeit bedeutend leichter zu lösen scheint. Auf Grund der Angaben der Arbeitslosenkassen betrug die

Zahl der Teilarbeitslosen auf 100 Mitglieder:

		Uhrenarbeiter	Metallarbeiter	Textilarbeiter	Total aller Industrien
1936:	Januar . . .	22,4	14,2	12,8	6,8
	April	21,8	11,7	10,1	5,9
	Juli	16,0	10,1	10,9	5,4
	September . .	15,4	8,6	10,9	5,1
	Oktober . . .	14,4	7,3	7,4	4,3
	November . .	13,0	6,4	4,8	3,6
	Dezember . .	13,3	5,7	4,7	3,3
1937:	Januar . . .	11,6	4,7	4,9	3,3
	Februar . . .	10,5	4,5	4,2	3,0
	März	9,2	4,0	3,9	2,7

In den nicht angeführten Industrien ist die Teilarbeitslosigkeit nicht gross. Von einiger Bedeutung ist sie noch im Bau- und Holzgewerbe mit 3,3 Prozent im März 1937. Weitaus am grössten war die Teilarbeitslosigkeit in den Exportbetrieben der Uhren-, Maschinen- und Textilindustrie, da man einen Stamm von Arbeitern zu behalten suchte und sie im Turnus eine Zeitlang beschäftigte. Seit Anfang 1936 ist jedoch der Prozentsatz der Teilarbeitslosen in diesen Industrien um 60 bis 70 Prozent zurückgegangen. Am höchsten ist er noch bei den Uhrenarbeitern mit 9,2 Prozent.

Es kann damit gerechnet werden, dass mit fortschreitender Besserung des Exports der grösste Teil dieser Teilarbeitslosen volle Beschäftigung findet, was die Teilarbeitslosigkeit im Durchschnitt aller Industrien, die im März noch 2,7 Prozent betrug, noch erheblich senken würde. Einige Besorgnis verursacht immerhin die noch hohe Zahl der Teilarbeitslosen in der Uhrenindustrie, die doch gegenwärtig einen Auftragsbestand hat, der grösser ist als in den besten Jahren der letzten Hochkonjunktur. Es ist zu befürchten, dass hier eine strukturelle Arbeitslosigkeit entsteht, das heisst, dass selbst bei weiterer Vermehrung der Produktion nicht mehr alle Uhrenarbeiter in ihrem alten Beruf beschäftigt werden können. Daher muss das Problem der Umschulung auf andere Berufe ernsthaft geprüft und möglichst bald einer Lösung entgegengeführt werden.

Wenn wir nun die

Schichtung der Ganzarbeitslosen

näher untersuchen, so kann zunächst festgestellt werden, dass die Arbeitslosigkeit unter den Frauen sehr gering ist. Unter den 70,800 Stellensuchenden Ende April sind nur rund 6000, also etwa 8½ Prozent Frauen, und zwar 1000 ungelernte und 5000 gelernte und angelernte Arbeitskräfte. Am grössten ist die Zahl der weiblichen Arbeitslosen in den kaufmännischen Berufen (Handel und Verwaltung) mit 1357, in der Textilindustrie mit 817, in der Uhrenindustrie mit 700 und im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe mit 375. Auch in der Gruppe Haushalt werden 783 Stellensuchende gemeldet, denen aber 1048 gemeldete offene Stellen gegenüberstehen, so dass hier ein Ueberwiegen der Nachfrage vorliegt. Ein ausgesprochener Mangel an weiblichen Arbeitskräften wird in der Landwirtschaft festgestellt. Jedenfalls kann gesagt werden, dass das Problem der Arbeitslosigkeit unter den Frauen nur noch für kaufmännische Berufe sowie für die Textil- und Uhrenindustrie eine grössere Rolle spielt.

Bevor wir auf die berufliche Gruppierung der Arbeitslosen eintreten, möchten wir noch untersuchen, wie es sich mit der regionalen Verteilung der Arbeitslosigkeit verhält.

Zahl der Stellensuchenden nach Kantonen:

	April 1936	April 1937	Differenz	Auf 1000 unselbständig Erwerbende entfallen Stellensuchende April 1936	April 1937
Zürich . . .	19,442	15,646	— 3,796	77	62
Bern . . .	15,330	12,001	— 3,329	68	53
Tessin . . .	3,476	5,183	+ 1,707	62	93
Basel-Stadt . .	6,324	4,642	— 1,682	93	68
Waadt . . .	5,712	4,307	— 1,405	51	39
Genf . . .	6,052	4,300	— 1,752	83	59
St. Gallen . .	5,546	3,621	— 1,925	57	37
Aargau . . .	3,419	2,955	— 464	37	32
Solothurn . .	3,250	2,034	— 1,216	62	39
Freiburg . .	2,656	2,029	— 627	67	51
Luzern . . .	3,017	1,941	— 1,076	47	31
Graubünden .	1,363	1,721	+ 358	34	43
Baselland . .	1,851	1,550	— 301	55	46
Thurgau . .	1,109	1,066	— 43	24	23
Appenzell A.-Rh.	1,554	1,058	— 496	92	63

Die Kantone mit weniger als 1000 Arbeitslosen haben wir nicht aufgeführt. Es betrifft das die kleinen Kantone der Innerschweiz, ferner Appenzell I.-Rh., Schaffhausen, das im letzten Jahr einen ausserordentlich starken Rückgang der Arbeitslosenzahl zu verzeichnen hatte, sowie den Kanton Wallis, der mit 13 Stellensuchenden auf 1000 unselbständig Erwerbende die niedrigste prozentuale Arbeitslosigkeit hat. Es ist uns nicht bekannt, ob und

wie weit das mit den Methoden der Ermittlung durch die Arbeitsämter zusammenhängt.

Die Kantone Zürich und Bern haben nahezu 40 Prozent aller schweizerischen Arbeitslosen in ihren Grenzen, obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nur 32 Prozent beträgt. In diesen beiden Kantonen sind daher besondere Anstrengungen notwendig zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit. Sehr schwer betroffen von der Krise ist ferner der Kanton Tessin, der mit 93 Arbeitslosen auf 1000 unselbständig Erwerbenden an der Spitze aller Kantone steht. Das hängt allerdings zusammen mit der scharfen Baukrise; denn von den 5200 Arbeitslosen im Tessin entfallen über 4000 auf das Baugewerbe. Ein stärkeres Anziehen der Bautätigkeit in der übrigen Schweiz würde die Tessiner Maurer und Bauhandlanger wieder in Arbeit bringen. Eine relativ hohe Arbeitslosigkeit verzeichnen ferner die Kantone Basel-Stadt, Appenzell A.-Rh., Genf. Graubünden ist neben dem Tessin der einzige Kanton, der eine höhere Arbeitslosenziffer als im Vorjahr meldet.

Besonders aufgeführt wird die Zahl der Arbeitslosen für folgende Städte:

	Zahl der Stellensuchenden			Auf 1000 unselbständig Erwerbende entfallen Stelleesuchende	
	April 1936	April 1937	Differenz	April 1937	April 1936
Zürich . . .	12,657	11,478	— 1,179	97	88
Lausanne . .	2,991	2,592	— 399	99	86
Bern . . .	2,562	2,153	— 409	56	47
St. Gallen . .	1,927	1,288	— 639	75	50
Winterthur . .	1,370	749	— 621	63	34

In Winterthur ist die Arbeitslosigkeit dank der Belebung der Maschinenindustrie sehr stark gesunken, dagegen weisen die Städte Zürich und Lausanne noch einen sehr hohen Stand der prozentualen Arbeitslosigkeit auf; die Entlastung seit einem Jahr ist hier noch gering.

Die berufliche Schichtung.

Wir möchten die verschiedenen Berufsgruppen in drei Kategorien einteilen: solche, die überwiegend zur Exportindustrie gerechnet werden können, solche, die zum Baugewerbe gehören, und solche aus den übrigen Inlandgewerben sowie den kaufmännischen Berufen.

Von den Exportindustrien zählt die Metall- und Maschinenindustrie noch am meisten Arbeitslose, nämlich 7936 Ende April. Es ist jedoch zu beachten, dass in dieser Gruppe eine Reihe von Berufen enthalten sind, die mit dem Baugewerbe in Verbindung stehen, wie Installateure, Bauschlosser usw. Es gehört somit nur ein Teil dieser Arbeitslosen zur Exportmaschinenindustrie. Von der erwähnten Zahl von 7936 entfallen 2547 auf den Kanton Zürich, 1064 auf den Kanton Bern, 633 auf Genf, 585 auf Basel-Stadt, 500 auf die Waadt, 475 auf den Aargau.

Es sind das die Kantone, in denen die Maschinenindustrie, anderseits aber auch das Baugewerbe die grösste Verbreitung finden.

In der Uhrenindustrie werden noch 699 Arbeitslose gezählt, davon 2162 im Kanton Bern, 1922 im Kanton Neuenburg und 330 im Kanton Genf. Die arbeitslosen Uhrenarbeiter konzentrieren sich somit fast ganz auf diese drei Kantone.

Ueber die Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie orientiert folgende Tabelle:

	Zahl der Stellensuchenden		Davon im April 1937 in den Kantonen			
	April 1936	April 1937	Appenzell A./Rh.	St. Gallen	Zürich	Aargau
Seidenindustrie	1158	386	1	1	118	35
davon: Seidenbandindustrie	*194*	*98*				
Baumwollindustrie . . .	1072	451	248	60	51	25
Stickerei	1357	777	328	371	6	—
Bleicherei, Färberei, Appretur	621	409				
Uebrige Textilindustrie . .	299	208	101	55	208	243
Total	4507	2231	678	487	383	303

Seit einem Jahr ist ein starker Rückgang eingetreten, so dass heute in einzelnen Textilbranchen qualifizierte Arbeiter gesucht sind. Da, wo die Zahl der Arbeitslosen noch relativ hoch ist, wie in der Stickereiindustrie, handelt es sich wohl überwiegend um ältere Arbeitslose, die richtigerweise von einer Altersversicherung übernommen werden sollten.

Die vom Gang des Fremdenverkehrs abhängige Gruppe Hotel und Gastwirtschaft zählt noch 1959 Stellensuchende, die sich über die ganze Schweiz verteilen. Es wird jedoch gemeldet, dass in Erwartung einer guten Sommersaison die Nachfrage nach Personal gestiegen sei und dass in verschiedenen Berufen, insbesondere beim Hilfspersonal, ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften bestehe, den man versucht, durch Anlernung junger Leute und durch Ausbildung besonders von Kellnern und Köchinnen zu decken.

Das grosse Sorgenkind der Arbeitsmarktpolitik ist das Baugewerbe mit seinen über 30,000 Arbeitslosen. Sie verteilen sich folgendermassen auf die einzelnen Berufe und die wichtigsten Kantone:

	Zahl der Stellensuchenden		Davon im April 1937 in den Kantonen				
	April 1936	April 1937	Bern	Zürich	Tessin	Aargau	Waadt
Maurer	4,711	3,593	596	663	1291	184	129
Maler und Lackierer . .	2,332	1,828	182	391	427	68	159
Zimmerleute	1,312	1,049	266	192	7	93	52
Gipser, Stuckateure . .	1,056	864	79	262	221	34	68
Polsterer, Tapezierer . .	312	270					
Dachdecker	280	269	44	92	—	14	18
Steinhauer	226	190	19	8	87	6	14
Bauhandlanger, Erdarbeiter	22,013	20,498	4171	2944	1887	1248	1216
Total Baugewerbe . . .	34,552	30,395	5672	5264	4077	1727	1717
Holz- und Glasbearbeitung	4,875	3,918	672	1150	250	191	272

Mit Ausnahme des Kantons Tessin scheinen die arbeitslosen Bauarbeiter ziemlich gleichmässig auf die Kantone verteilt zu sein. Eine allgemeine Belebung der Wirtschaft dürfte einen namhaften Teil davon wieder in Beschäftigung bringen. Es ist aber damit zu rechnen, dass ein Rest von Arbeitslosen im Baugewerbe bestehen bleiben wird, namentlich aus der grossen Zahl der Ungelernten.

Die Zahl der Arbeitslosen in der übrigen Inlandwirtschaft (abgesehen vom Baugewerbe) verteilt sich auf zahlreiche kleinere Berufsgruppen. Eine verhältnismässig grosse Arbeitslosigkeit weist die Gruppe Landwirtschaft und Gärtnerei auf mit 1510 Arbeitslosen (darunter 400 Gärtner), wovon 457 im Kanton Bern, 349 im Kanton Zürich. Es wird sich in den nächsten Monaten zeigen, ob im Sommer ein namhafter Teil davon Arbeit finden wird.

Die Lebens- und Genussmittelindustrie zählt 1364 Arbeitslose, wovon 624 Bäcker und Konditoren und 362 Metzger. Die Beschäftigung dieser Berufszweige hängt vollständig ab von der Kaufkraft der Bevölkerung, also von der Einkommensgestaltung in der übrigen Wirtschaft.

In Handel und Verwaltung wurden im April 5002 Arbeitslose gezählt, worunter 3592 kaufmännische Angestellte, die sich naturgemäss auf die grossen Handelsplätze konzentrieren. 1718 entfallen auf die Stadt Zürich.

Vom Standpunkt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist auch noch eine weitere Frage von grosser Bedeutung, nämlich die nach der

Gliederung der Arbeitslosen nach dem Alter.

Leider stammen die letzten Angaben über den Altersaufbau der Arbeitslosen vom Januar. Wir können also nicht feststellen, wie sich die Entlastung dieses Frühjahrs auf die Alterszusammensetzung ausgewirkt hat. Immerhin zeigen auch die vorliegenden Zahlen, wenn wir sie mit dem Vorjahre vergleichen, welche Entwicklungstendenz vorhanden ist.

	Zahl der Stellen suchenden		Zu- bzw. Abnahme gegenüber dem Vorjahr in %	In Prozent der Stellensuchenden		In Prozent der unselbständig Erwerbenden			
						Männer		Frauen	
	Januar 1936	Januar 1937		Januar 1936	Januar 1937	Januar 1936	Januar 1937	Januar 1936	Januar 1937
Unter 20 Jahren	3,912	3,040	— 22	3,1	2,8	3,6	2,8	0,7	0,6
20—24 Jahre	16,806	13,995	— 17	13,6	12,6	9,2	7,8	1,3	0,9
25—29 »	20,451	17,532	— 14	16,5	15,8	13,2	11,5	2,0	1,4
30—39 »	30,625	27,494	— 10	24,7	24,8	13,5	12,4	2,8	1,9
40—49 »	22,348	20,174	— 10	18,0	18,2	13,3	12,2	3,9	2,8
50—59 »	18,565	17,145	— 8	15,0	15,5	15,1	14,2	4,5	3,4
60 u. mehr Jahre	11,301	11,374	+ 0,6	9,1	10,3	16,2	16,7	3,7	2,9
Total	124,008	110,754	— 11	100,0	100,0				

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit hat sich ausgewirkt in allen Kategorien bis zum Alter von 60 Jahren. Am stärksten ist er für die Alterskategorien unter 20 Jahren und von 20—24 Jahren. Dagegen hat sich die Zahl der Arbeitslosen im Alter von 60 und mehr Jahren sogar etwas erhöht. Es besteht wohl keine Aussicht, diese Leute wieder in den Produktionsprozess einzureihen. Infolgedessen erhöht sich der prozentuale Anteil dieser ältesten Arbeitslosen. Auch auf die Kategorien von 30 bis 59 Jahren entfällt in diesem Jahre ein stärkerer Anteil an der Gesamtarbeitslosigkeit als im Vorjahre, während der Anteil der jungen Arbeitslosen bis zu 29 Jahren kleiner geworden ist.

Am deutlichsten ist das sichtbar in den letzten Kolonnen der Tabelle über die Arbeitslosenzahl in Prozent aller unselbständig Erwerbenden, wo die Angaben nur für Männer und Frauen getrennt veröffentlicht sind. Bei den Frauen spielt das Altersproblem nur eine verhältnismässig bescheidene Rolle. Bei den Männern dagegen sind von den unselbständig Erwerbenden im Alter von 60 und mehr Jahren 16,7 Prozent arbeitslos. Aber auch in den Altersgruppen von 30 bis 59 Jahren waren im Januar mehr als 12 Prozent ohne Verdienst, während die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen auf 2,8 Prozent gesunken ist. Diese Tendenz wird sich vermutlich noch verstärken, so dass von einem brennenden Arbeitslosenproblem unter den jugendlichen Arbeitern wohl nicht mehr gesprochen werden kann. Anderseits ist es klar, dass das Problem der ältern Arbeitslosen nicht allein auf dem Wege der Arbeitsbeschaffung gelöst werden kann, sondern hier werden Wege der sozialen Fürsorge und vor allem der Sozialversicherung beschritten werden müssen.

*

Obschon wir den grössten Teil des offiziell veröffentlichten Materials verwendet haben, gehen daraus noch nicht alle wünschenswerten Anhaltspunkte hervor, auf die bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit abzustellen ist. Namentlich wird die Frage immer wichtiger, wie viele von den sogenannten Stellensuchenden tatsächlich ohne Arbeit sind, wie viele tatsächlich arbeitsfähig sind, wie viele Arbeitslose nicht erfasst werden von der Statistik der Arbeitsämter. Es erweist sich deshalb als notwendig, in der nächsten Zeit eine allgemeine Zählung der Arbeitslosen an einem bestimmten Stichtag (am besten wohl Anfang Herbst) vorzunehmen, die alle wissenswerten Einzelheiten aufnehmen sollte.

Die Aufgaben der Arbeitsbeschaffung

gehen aus den vorstehenden Ausführungen deutlich hervor. Jedenfalls wird die Politik der Arbeitsbeschaffung, die in den Jahren der schärfsten Krise einfach allgemein die Arbeitslosigkeit zu vermindern suchte, mit fortschreitender Besserung immer stärker

differenziert vorgehen und die Probleme der einzelnen Industrie und des einzelnen Berufs anpacken müssen.

Am wichtigsten ist nach wie vor die Arbeitsbeschaffung für die Bauarbeiter. Es wurden hiezu von der Bundesversammlung im Dezember neue Kredite bewilligt, die wir allerdings für ungenügend halten. Wenn wir auch den Umfang der zusätzlichen öffentlichen Arbeitsbeschaffung nicht allein aus der Zahl der Notstandsarbeiter ablesen möchten, so kennzeichnet die Tatsache, dass die Zahl der bei Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeiter Ende April 13,700 betrug und nur um 1000 höher war als im Vorjahr, doch zur Genüge, wie geringfügig von dieser Seite her die Arbeitslosigkeit abgebaut worden ist. Einen Hauptmangel der gegenwärtigen öffentlichen Arbeitsbeschaffung erblicken wir ferner darin, dass der Zeitpunkt der Einsetzung der Mittel nicht von zentraler Stelle aus bestimmt werden kann und dass überhaupt die Arbeitsbeschaffung nur ungenügend an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes angepasst werden kann. Der Bund schreibt ja gewissermassen seine Subventionen aus, und die Kantone bewerben sich darum und suchen unter allen Umständen sich ihren Anteil an den Subventionen zu sichern. Sie tun das auch dann, wenn sie vorläufig noch nichts unternehmen, nur damit ihre Subventionsquote nicht verloren geht. Diese Methode hat den schweren Nachteil, dass der Zeitpunkt, da die öffentliche Arbeitsbeschaffung einsetzen soll, nicht vom Bunde bestimmt wird. Es kann vorkommen, dass die Ausführung von Projekten, für die eidgenössische Subventionen zugesichert sind, verzögert wird und dass sie erst in einem spätern Zeitpunkt erfolgt und an einem Ort, wo das vielleicht nicht mehr oder nicht mehr in dem Masse nötig wäre, während für andere Kantone, die es dringender notwendig hätten, zu wenig Mittel zur Verfügung stehen. Die Arbeitsbeschaffung im Baugewerbe sollte sofort mit Hochdruck einsetzen, ja das hätte schon in den ersten Monaten dieses Jahres geschehen sollen. Dann ist es möglich, dass nach einiger Zeit in dem Masse, wie die private Wirtschaftstätigkeit sich vermehrt, die öffentliche Arbeitsbeschaffung vermindert werden kann. Deshalb halten wir auch gegenwärtig Arbeitsbeschaffungspläne auf einige Jahre hinaus nicht für notwendig. Es müssen allerdings Projekte vorbereitet sein, die man im Bedarfsfalle zur Ausführung bringen kann. Auf jeden Fall ist eine planmässigere Leitung der Arbeitsbeschaffung von einer zentralen Stelle aus dringend notwendig.

Eine zweite Hauptaufgabe ist die Lösung des Problems der strukturellen Arbeitslosigkeit. Wir haben schon angedeutet, dass die Arbeitslosigkeit in der Uhrenindustrie und im Baugewerbe auch bei weiterer Besserung der Konjunktur vermutlich nicht vollständig verschwinden wird. Es sind in den ersten Krisenjahren einige tausend Arbeiter ins Bau-

gewerbe abgewandert, die vorher anderswo tätig waren. Man wird versuchen müssen, in erster Linie jene, die aus einer Industrie kommen, die Arbeitskräfte benötigt, wieder dorthin zurückzuführen. Man wird ferner die Umlernung fördern müssen auf Berufe, die heute schon einen gewissen Mangel an Arbeitskräften aufweisen. Es gilt das namentlich von der Uhrenindustrie, soweit die Arbeitslosen nicht in einem Alter sind, wo sie schwerlich mehr einen Berufswechsel vornehmen können. Sodann wird man Gelegenheit schaffen müssen, dass jene ungelernten Arbeiter, die qualifiziert genug sind dazu, einen Beruf erlernen können, wobei wir besonders an das grosse Heer der ungelernten Bauarbeiter denken. Allerdings bemüht sich ja jeder Beruf, die Zahl der beruflich ausgebildeten Kollegen möglichst zu beschränken, damit nicht anhaltendes Ueberangebot an Arbeitskräften besteht. Doch es ist zu hoffen, dass in einer Zeit guter Konjunktur diese Tendenzen nach Beschränkung der Berufe an Bedeutung verlieren. Auch darf man die gelernten Arbeiter daran erinnern, dass eine grosse Zahl von arbeitslosen ungelernten Arbeitern ebensosehr auf die Arbeitsbedingungen drücken kann, wie wenn in einem Beruf ein Ueberangebot besteht, ja dass jener Zustand vielleicht noch gefährlicher ist, weil diese Ungelernten viel schwerer unterzubringen sind und auch nur schwer organisierbar sind.

Als drittes wichtiges Problem nennen wir das der ältern Arbeitslosen. Soweit es sich um Arbeiter handelt, die schon mit 40 bis 50 Jahren von der Industrie nicht mehr eingestellt werden wollen, so wird man suchen müssen, ihnen dennoch Arbeit zu beschaffen, wobei die Frage ihrer Zugehörigkeit zu sozialen Fürsorgeeinrichtungen, wie Pensionskassen usw., unter Mitwirkung der Behörden besonders geregelt werden sollte. Wenn die Industrie selbst mithilft, so halten wir es für möglich, den grössten Teil dieser Arbeitslosen wieder in Arbeit und Verdienst zu bringen. Für die älteren Arbeitslosen, jedenfalls die über 60jährigen, wird allerdings zum grossen Teil die soziale Fürsorge eingreifen müssen. Vor allem stellt sich als dringliches Postulat die endliche Verwirklichung der Altersversicherung, wenn auch vielleicht an eine etappenweise Einführung gedacht werden muss.

Preis- und Lohnfragen.

Zu den ungelösten Problemen nach der Abwertung gehören auch die Preis- und Lohnfragen, das ist mit andern Worten das Problem der inneren Wirtschaftspolitik. Dass die Preise der Importwaren nach der Abwertung steigen mussten, wenn nicht eine Senkung der Weltmarktpreise eine Korrektur brachte, war von vornherein klar. Die Weltmarktpreise sind jedoch nach der Abwertung des Goldblocks nicht nur nicht gesunken, sondern gestiegen, besonders die Preise für Rohstoffe und Nahrungsmittel. Das ist die natürliche Reaktion auf den gewaltigen

Preissturz, der die Krise ausgelöst und verschärft hat. Ohne diese Preiserhöhungen und die dadurch verursachte Kaufkraftsteigerung der Agrarländer wäre der gegenwärtige Konjunkturaufstieg der Weltwirtschaft gar nicht denkbar. Man kann nicht nur die angenehmen Seiten, nämlich die Vermehrung des Exports, für sich beanspruchen, sondern man muss auch die andere Seite in Kauf nehmen, indem man jenen Ländern, die unsere Waren abkaufen sollen, einen angemessenen Preis für ihre Produkte zahlt.

Die Abwertung und die Preissteigerung der Rohstoffe und Nahrungsmittel im Ausland haben das schweizerische Preisniveau im Grosshandel beträchtlich erhöht. Der schweizerische Grosshandelsindex ist seit der Abwertung um 21 Prozent gestiegen. Vom April 1936 bis April 1937 beträgt die Erhöhung 23 Prozent. Nachstehende Zusammenstellung zeigt, in welchen Warengruppen diese Preishausse besonders stark ist:

(1914 = 100)	Schweizerischer Grosshandelsindex April 1936	August 1936	April 1937	Veränderung seit April 1936 in %
Tierische Nahrungsmittel . . .	111	114	120	+ 8,5
Pflanzliche Nahrungsmittel . . .	81	87	126	+ 55,1
Nahrungsmittel zur industriellen Verarbeitung	102	105	128	+ 26,0
Baustoffe	88	87	102	+ 16,0
Metalle	63	63	117	+ 87,2
Textilien, Leder, Gummi . . .	55	55	86	+ 56,4
Brennstoffe	111	110	137	+ 23,6
Betriebsstoffe, Chemikalien . .	97	97	112	+ 15,3
Futtermittel	98	97	99	+ 0,6
Düngemittel	83	81	89	+ 6,7
Totalindex	91,9	93,4	113,0	+ 23,0

Die weitaus stärkste Preiserhöhung haben die Metalle erfahren, dann die Textilrohstoffe, Gummi und die pflanzlichen Nahrungsmittel (namentlich Getreide). Dagegen sind die tierischen Nahrungsmittel, die fast ausschliesslich im Inland erzeugt werden, seit der Abwertung nur um etwa 5 Prozent gestiegen, seit Jahresfrist um 8,5 Prozent.

Die Preise der wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte haben sich in der Schweiz wie folgt entwickelt:

	April 1936	August 1936	April 1937	Veränderung seit April 1937 in %
Milch, Grundpreis, 100 kg . .	18.40	18.40	19.70	+ 6,6
Fette Rinder I a, kg . . .	1.34	1.36	1.41	+ 5,0
Kälber II a, kg	1.55	1.52	1.61	+ 3,9
Schweine, fette, kg	1.37	1.45	1.56	+ 13,9
Eier, inländische, 100 St. . .	9.50	10.80	9.80	+ 3,2
Holz (Bauholz), Fm. . . .	26.—	25.—	29.—	+ 10,4
Index landw. Produktenpreise .	114	117	122 *	+ 7,0

* März.

Diese Zahlen zeigen deutlich, dass die Erhöhung des Index der Grosshandelspreise fast ausschliesslich auf die aus dem Ausland importierten Waren zurückzuführen ist. Die Preiserhöhung der Erzeugnisse der inländischen Landwirtschaft hielt sich in verhältnismässig bescheidenem Rahmen. Es ist dabei insbesondere zu berücksichtigen, dass die heutigen Preise immer noch bedeutend niedriger sind als vor dem Einbruch der gegenwärtigen Krise. Man muss sich vor Augen halten, dass der Milchpreis von 1929 bis 1935 eine Senkung um 22 Prozent erfahren hat. Der Preis für Schlachtvieh ist in der gleichen Zeit um etwa 38 Prozent zurückgegangen. Der Gesamtindex der landwirtschaftlichen Produktenpreise ist von 147 bis auf 110 gesunken, also um 25 Prozent.

Es steht somit fest, dass die Lage der schweizerischen Landwirtschaft, was die Preisgestaltung anbetrifft, heute noch wesentlich ungünstiger ist als vor Eintritt der Krise. Wenn auch die Lage der Landwirtschaft nicht allein nach den Produktenpreisen beurteilt werden kann, indem auch die Höhe der Produktionskosten in die Wagschale fällt, so ist doch unzweifelhaft die Verschlechterung, die für die bäuerliche Bevölkerung in den Jahren 1930 bis 1935 eingetreten ist, noch nicht wettgemacht worden, zumal die Möglichkeiten zur Kostensenkung in der schweizerischen Landwirtschaft nicht sehr gross sind.

Das Einkommen der Landwirtschaft ist indessen nicht nur von den Preisen abhängig, sondern auch von der Höhe der Produktion bzw. von den Absatzmöglichkeiten. Steigende Preise nützen den Bauern nur dann etwas, wenn sie nicht einen Absatzrückgang erleiden, der ihnen die Preissteigerung wieder illusorisch macht. Hier stossen wir auf die altbekannte Tatsache, dass das landwirtschaftliche Einkommen sehr weitgehend abhängig ist vom Einkommen der übrigen Bevölkerungsschichten.

Ueber die Produktionsmengen der Landwirtschaft haben wir nur vereinzelte Angaben, die bis in die neueste Zeit nachgeführt sind. Nach den Angaben der Milchproduzentenverbände waren die Milcheinlieferungen in den Monaten Januar bis April 1937 um 2,3 Prozent geringer als in der gleichen Zeit des Vorjahres, obwohl schon das Jahr 1936 einen Rückgang von 1,9 Prozent und das 1935 eine Verminderung um 2,9 Prozent gebracht hatte. Die Milchproduktion ist demnach immer noch in rückläufiger Entwicklung. Es mag das im letzten Winter zusammenhängen mit den schlechten Ernteverhältnissen und dem teilweisen Futtermangel. Doch zur Hauptsache ist der andauernde Rückgang der Milchproduktion eine Folge der ungünstigen Absatzverhältnisse, die auf die Krise zurückzuführen sind. Wir besitzen noch einen andern Massstab, der noch viel empfindlicher reagiert auf die Schwankungen der inländischen Kaufkraft. Das ist der Fleischkonsum. Es betrug das Schlachtgewicht in 42 Städten:

	1935	1936	1937	Veränderung gegenüber 1936 in %
		in 10 Tonnen		
Januar	690	619	526	— 15,0
Februar	590	576	530	— 8,0
März	610	621	624	+ 0,5
Januar/März	1890	1816	1680	— 7,5

Der Fleischverbrauch ist in den letzten beiden Jahren nicht unbeträchtlich zurückgegangen. Die Verminderung im ersten Quartal 1937 gegenüber 1936 beträgt rund 7,5 Prozent, gegenüber 1935 sogar 11 Prozent. Wenn man noch berücksichtigt, dass im letzten Winter sehr viel Schlachtvieh importiert wurde, so ist man wohl berechtigt anzunehmen, dass die Landwirtschaft trotz gestiegenen Preisen kein höheres Einkommen aus der Schlachtviehproduktion erzielt hat. Schuld daran ist in erster Linie die verminderte Konsumkraft der Bevölkerung, in zweiter Linie die Einschränkung der Produktion, die teilweise zu weit gegangen ist, die aber auch durch die Kaufkraftverminderung veranlasst wurde.

Ueber die Preise im Gewerbe gibt es keine allgemeinen Angaben, doch ist bekannt, dass die lang andauernde Krise scharf auf die Preise des Kleingewerbes gedrückt hat. Die Preiskontrolle, die unmittelbar nach der Abwertung eingeführt wurde, hat zunächst jede Preissteigerung verhindert und dann Preiserhöhungen nur im Ausmass der Verteuerung der Importwaren zugelassen. Es ist zwar seither eine Lockerung der Preiskontrolle eingetreten, dennoch kann von einer allgemeinen Befestigung der Preise im Kleingewerbe nicht gesprochen werden; denn die Konkurrenz ist in den meisten Branchen weiterhin scharf, jedenfalls solange nicht eine beträchtliche Vermehrung der Konsumkraft einsetzt.

Es wäre freilich falsch, die Erholung des Kleingewerbes nur von steigenden Preisen zu erwarten. Die Umsätze sind mindestens so wichtig, und für gewerbliche Produkte ist eine Umsatzsteigerung eher zu erzielen als für die Produkte der Landwirtschaft, die nicht alle so konjunkturempfindlich sind wie Fleisch und Butter.

Das gilt noch mehr vom Handel, der mit einem sehr hohen Anteil von festen Kosten rechnen muss, die bei geringen Umsätzen zu Verlusten führen, bei grösseren Umsätzen dagegen einen ausreichenden Verdienst ermöglichen. Deshalb ist die Forderung durchaus richtig, dass die starke Preissteigerung im Grosshandel sich lange nicht in gleichem Ausmasse im Kleinhandel fortpflanzen darf. Es kann auch unserseits anerkannt werden, dass die eidgenössische Preiskontrolle diese Aufgabe, die Abbremsung der Preissteigerung, befriedigend zustande gebracht hat. Es ist dadurch auch möglich geworden, das Auseinanderklaffen von Gross- und Kleinhandelspreisen, das in der Zeit des Preisabbaues eingetreten war, weitgehend zu korrigieren. Das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit veröffentlicht von Zeit zu Zeit einen

Vergleich zwischen Nahrungsmittelpreisen im Gross- und Kleinhandel. Diese Berechnungen ergaben folgendes Resultat:

	Vergleichbare Nahrungsmittelpreise		
	Grosshandelsindex	Kleinhandelsindex	Differenz
1914, Juli	100	100	—
1929, Jahresdurchschnitt	150	156	6
1932, »	107	126	19
1934, »	96	116	20
1935, »	98	115	17
1936, Juni	102	121	19
September	107	122	15
Dezember	116	124	8
1937, Januar	117	126	9
Februar	121	129	8
März	121	128	7

In der Epoche der Deflation sind die Grosshandelspreise weit stärker gesunken als die Kleinhandelspreise, während sich jetzt mit der steigenden Preistendenz die Schere zwischen Gross- und Kleinhandelspreisen wieder schliesst. Im März ist die Differenz bis auf 7 Punkte zurückgegangen. Damit ist ungefähr das Verhältnis von 1929 wieder hergestellt.

Wir vertreten somit die Auffassung, wie sie auch in den «Richtlinien» enthalten ist, dass die selbständig Erwerbenden in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel wieder einen angemessenen Verdienst erhalten sollen, sei es dank vermehrter Umsätze, sei es in Form einer gewissen Reflation, also einer Steigerung der Preise, die auch die Schulden wieder in ein tragbares Verhältnis zu den Einkommen bringen muss.

*

Nun sind aber Konsumpreise und Lohneinkommen unzertrennbar miteinander verbunden. Wenn das Lohneinkommen der gesamten Arbeiter- und Angestelltenschaft des Landes sinkt, so vermindert sich auch die Aufnahmefähigkeit für landwirtschaftliche und gewerbliche Produkte in diesen Kreisen, was entweder zu einem Preiszerfall oder zu einem Konsumrückgang führt. Wenn anderseits die Preise steigen und das Lohneinkommen unverändert bleibt, so ergibt sich mit Notwendigkeit eine Verminderung des Absatzes. Das sind einfach wirtschaftliche Tatsachen, denen sich jedermann beugen muss, ob er die Kaufkrafttheorie anerkennt oder als falsch erklärt.

Seit der Abwertung machen sich in der Schweiz zwei Tendenzen bemerkbar, die die inländische Kaufkraft beeinflussen. Wir konstatieren auf der einen Seite die Preiserhöhungen, die von Ende September bis heute die Kosten der Lebenshaltung um etwa 5 Prozent verteuert haben. Gegenüber dem niedrigsten Stand der Lebenskosten im Mai 1935 ist eine Erhöhung um 8 Prozent eingetreten. Auf der Seite der Lohneinkommen macht sich eine Steigerung geltend dank der vermehrten Beschäftigung. Im Durch-

schnitt der ersten 4 Monate 1937 wurden 13,700 Arbeitslose weniger gezählt als im Vorjahr, und die Zahl der Teilarbeitslosen war um 21,500 niedriger. Es kann also mit einer Mehrbeschäftigung von ungefähr 24,000 Personen gerechnet werden. Das bedeutet eine Zunahme der Zahl der Beschäftigten um etwa 2½ bis 3 Prozent. Wir sehen: Die Erhöhung des Lohneinkommens durch vermehrte Einstellung von Arbeitslosen ist bisher noch nicht einmal imstande, die Kaufkraftverminderung der Lohnarbeiterschaft, die die Teuerung verursacht, auszugleichen. Dabei sollte die Mehrbeschäftigung von Arbeitslosen ein zusätzliches Einkommen bringen und nicht einfach die Teuerung kompensieren, da sonst von einem Aufbau der Inlandwirtschaft gar keine Rede sein kann.

Wir verfügen leider nicht über eine Lohnstatistik, die uns über die monatlichen Lohnveränderungen orientiert. Es ist uns bekannt, dass in manchen Zweigen der Exportindustrie individuelle Lohnerhöhungen stattgefunden haben und dass auch in einzelnen Betrieben die Verdienste allgemein erhöht worden sind. Doch diese Lohnveränderungen sind im Gesamtdurchschnitt noch viel zu gering, um einen nennenswerten Einfluss auf die gesamte Konsumkraft ausüben zu können. Die schweizerische Volkswirtschaft läuft daher Gefahr, dass zwar wohl die Produktion für die Exportindustrie gesteigert wird, dass aber das Realeinkommen der Lohnarbeitenden insgesamt nicht zunimmt, ja sogar sich vermindert. Die Folge einer solchen Entwicklung ist unweigerlich eine Verschärfung der Krise in der Inlandwirtschaft und ein Minderverdienst namentlich für Landwirtschaft und Gewerbe. Der Rückgang des Konsums von Fleisch trotz vermehrtem Fremdenverkehr und trotz der Zunahme der Zahl der Beschäftigten lässt darauf schliessen, dass diese Gefahr schon teilweise Wirklichkeit geworden ist.

Leider haben die Behörden, vor allem der Bundesrat, diese Probleme noch nicht erfasst (es sei denn, dass sie sie nicht sehen wollen oder absichtlich eine gegenteilige Politik verfolgen). Sie berauschen sich an der Steigerung des Exports und erkennen nicht, dass die Stärkung des Binnenmarktes eine noch wichtigere Aufgabe der Konjunkturpolitik ist als die weitere Exportvermehrung. Die Krise kann nur überwunden werden, wenn auch die für das Inland arbeitenden Wirtschaftszweige wieder voll und zu angemessenem Verdienst arbeiten können. Eine möglichst rasche Erholung der Inlandwirtschaft liegt aber auch im Interesse der Exportindustrie. Es weiss niemand, wie lange der Absatz im Ausland so günstig bleibt. Früher oder später ist mit einer neuen Weltwirtschaftskrise zu rechnen. Diese ist aber um so besser zu ertragen, je grösser die Reserven unserer Volkswirtschaft sind und je grösser die Widerstandskraft unserer inneren Wirtschaft ist.

Es ergibt sich daraus die Forderung: Die Erhöhung der Löhne ist gegenwärtig eine der wichtigsten Aufgaben der Wirt-

schaftspolitik, nicht allein vom Gesichtspunkt der Arbeiterschaft, sondern von dem der Gesamtwirtschaft. Und zwar müssen die Arbeitslöhne der bisher Beschäftigten durchschnittlich im Ausmass der Teuerung erhöht werden. Das bedeutet nicht, dass die Lohnerhöhungen überall schematisch gleich gross sein sollen. Wir haben immer die Meinung vertreten, dass es notwendig wäre, Ungerechtigkeiten, die beim Abbau entstanden sind, wieder auszugleichen, indem die stärker abgebauten Löhne auch stärker erhöht werden sollen als die weniger reduzierten Lohneinkommen, während die, die keinen oder nur einen sehr geringfügigen Abbau erfahren haben, sich vorläufig gedulden könnten. Leider ist dieser gerechte Ausgleich in Wirklichkeit meistens nicht möglich, da die Lohngestaltung eine wirtschaftliche Machtfrage ist und die Arbeitgeber auch dort, wo die Verbesserungen am gerechtfertigtsten sind, sie nicht freiwillig gewähren, sondern nur, wenn sie sonst nicht genug Arbeitskräfte erhalten oder wenn sie unter wirtschaftlichen Druck gesetzt werden. Die Löhne der neu eingestellten Arbeitskräfte müssen, wie gesagt, als zusätzliches Einkommen hinzukommen, um die Krisenresten fortschreitend wegzuräumen.

Damit ist erst der absolut notwendige erste Schritt getan, um das Volkseinkommen und die wirtschaftliche Tätigkeit wieder aufzubauen. Die Arbeiterschaft kann jedoch nicht anerkennen, dass der Reallohn, der vor der Krise bezahlt wurde, auch heute noch gerecht sei; denn im Laufe des letzten Jahrzehnts hat die Rationalisierung ständig weitere Fortschritte gemacht. Nach den Berechnungen des deutschen Instituts für Konjunkturforschung hat sich die Produktivität der Arbeit in der deutschen Industrie in den Jahren 1925/1928 um 10 Prozent erhöht, von 1928 bis 1935 ist eine weitere Leistungssteigerung um 25 bis 31 Prozent je Arbeitsstunde eingetreten. In der schweizerischen Industrie ist die Rationalisierung wohl kaum in langsamerem Tempo vor sich gegangen. Es ist natürlich nicht zu übersehen, dass diese Erhöhung der Produktivität nicht in allen Teilen der Wirtschaft so hoch ist. In der Landwirtschaft und im Gewerbe wird sie beträchtlich geringer sein. Immerhin dürfte auch bei Berücksichtigung dieses Umstandes mit einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft um 10 bis 15 Prozent seit 1928 gerechnet werden. Auf den Mehrertrag, den diese erhöhte Produktivität ermöglicht, erhebt auch die Arbeiterschaft Anspruch, sei es in Form von Lohnerhöhung, sei es in Form einer Verkürzung der Arbeitszeit. Die letzte Forderung ist namentlich dort in den Vordergrund zu stellen, wo gerade durch diese Vermehrung der Produktivität eine erhöhte Beanspruchung der Nervenkräfte der Arbeiter eingetreten ist.

Von den Gegnern der hier vertretenen Lohn- und Preispolitik wird geltend gemacht, unsere Forderungen seien höchst gefährlich, weil die Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie dadurch wieder

verloren ginge und es zu einer neuen Abwertung käme. Jeder Kenner der wirtschaftlichen Lage weiss, dass das Gespenster sind, denen jeder reale Boden fehlt. Die Nationalbank hat heute nicht Goldverluste zu befürchten, sondern sie wird von den gegenteiligen Sorgen geplagt. Dass von einer Ueberhöhung des schweizerischen Preisniveaus keine Rede ist, haben wir zahlenmässig dargelegt im letzten Heft der « Gewerkschaftlichen Rundschau », und dass das schweizerische Lohnniveau heute unter demjenigen der wichtigsten Konkurrenzländer steht, ist ebenfalls nachgewiesen. Uebrigens wird eine vollbeschäftigte Wirtschaft höhere Einkommen gewähren können ohne eine generelle Ueberwälzung auf die Preise, da sie eine viel rationellere Ausnutzung der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten erlaubt.

Jedenfalls ist die inländische Preis- und Lohnpolitik gegenwärtig die Schlüsselstellung der schweizerischen Konjunkturpolitik. Auf diesem Felde wird entschieden, ob unser Land in kurzer Zeit aus der Krise herauskommt.

*

Damit sind die ungelösten Probleme nach der Abwertung noch nicht erschöpfend aufgezählt. Eines der allerwichtigsten Probleme ist die Sanierung der Bundesfinanzen, einschliesslich Bundesbahnen, und auch auf sozialpolitischem Gebiet harren Fragen von grosser Bedeutung einer endgültigen Regelung. Wir werden auf diese Fragen gelegentlich noch zu sprechen kommen.

Stillstand der Ueberseewanderung.

Von H. Fehlinger.

Ungefähr von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Weltkrieg galt mit wenigen Ausnahmen überall der Grundsatz der Freizügigkeit, der Freiheit der Aus- und Einwanderung. Die Einwanderungsgesetze, die gegen Ende des Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, Australien und Neuseeland erlassen wurden, hemmten die Weltwanderungen nicht wesentlich. Der Amerikanische Gewerkschaftsbund (American Federation of Labor) verlangte schon lange vor dem Krieg weitgehende Einwanderungsbeschränkungen, doch hatte seine darauf gerichtete Propaganda keinen durchschlagenden Erfolg. Auch befand er sich im Gegensatz zu den europäischen Gewerkschaften, die damals entschiedene Anhänger der Wanderungsfreiheit waren. Als im Sommer 1909 Samuel Gompers, Präsident der American Federation of Labor, nach Europa gekommen war, um den Anschluss der Amerikaner an die gewerkschaftliche Internationale vorzubereiten, war neben der Frage der politischen Bindungen der Ge-